

"Die ostdeutsche Bürgerbewegung ist als solche nicht mehr da, sie ist untergegangen im Einigungsprozess, für Bündnis 90 ist sie untergegangen durch den Anschluß an die Grünen, denn die Grünen haben das Selbstverständnis als Bürgerbewegung vom Bündnis 90 nicht übernommen." (Hans-Jürgen Fischbeck, Mai 1995)

Vorwärts und schnell vergessen?

Zum Verschwinden der Bürgerbewegung und der Konjunktur der Bürgergesellschaft

Mehr als zehn Jahre nach den umstürzenden Ereignissen von 1989 scheint die Erinnerung an die Bürgerbewegungen heute nicht mehr zu sein, als die Reminiszenz an eine Fußnote in der deutschen Geschichte. Die Bedeutung der Herbstrevolution und ihrer Akteure ist im wahrsten Sinne des Wortes historisch geworden: längst eingeordnet in den unaufhaltsamen Gang der Geschichte und weit entrückt von den Problemen der Gegenwart im wiedervereinigten Deutschland. Allenfalls für einen „netten“ Nationalpreis reicht noch das politische Kapital, das die Bürgerbewegungen einst akkumuliert haben.¹ Zu ihrer „Historisierung“ oder - etwas böser gesagt - zu ihrer „Musealisierung“ hat maßgeblich die Tatsache beigetragen, dass die Bürgerbewegung als politische Formation de facto von der politischen Bühne verschwunden ist: Viele ihrer Mitglieder und Protagonisten haben sich aus der Politik zurückgezogen und auf die Bewältigung persönlicher Umbruchsituationen konzentriert, einige sind von den politischen Parteien aufgesogen worden und wirken dort weiter, andere haben Verantwortung in der Kommunalpolitik der ostdeutschen Bundesländer übernommen. In den zentralen politischen Entscheidungsprozessen und Institutionen der neuen Berliner Republik spielen die Herbstrevolutionäre von damals jedenfalls so gut wie keine Rolle mehr. Etwas anders ist die Situation in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft. Dort erscheinen immer noch peu à peu neue Veröffentlichungen, die sich mit den politischen Erfahrungen und Eigenarten der Bürgerbewegungen befassen.² Aber auch das ist wohl eher ein Zeichen dafür, dass das politische Erbe der Bürgerbewegungen mittlerweile zwischen einigen Buchdeckeln aufbewahrt wird.

¹ Am 26. Mai 2000 erhielten die Gründungsmitglieder der Bürgerbewegung „Neues Forum“ den Nationalpreis für ihre Verdienste beim Sturz der SED-Herrschaft.

² Pabst, Andrea/Schulheiß, Catharina/Bohley, Peter (Hrsg.): Wir sind das Volk? Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende, Tübingen 2001; Christel Degen: Politikvorstellung und Biographie. Die Bürgerbewegung Neues Forum auf der Suche nach der kommunikativen Demokratie, Opladen 2000.

Dass die herausragende Rolle der Bürgerbewegungen und ihrer Vorläufer bei dem Sturz der SED-Diktatur so schnell der Vergessenheit anheimfallen konnte, ist eigentlich ein erstaunliches Phänomen, denn noch im Laufe der späten achtziger Jahre war im öffentlichen Bewusstsein des Westens das, was sich 1989 ereignete, im Prinzip ein Ding der Unmöglichkeit. Man wusste zwar von den politischen und ökonomischen Problemen in der DDR, aber fast alle hiesigen DDR-Forscher und auch die große Mehrheit der westdeutschen Politiker ging von einer relativen Stabilität der anderen deutschen „Republik“ aus. Wenn überhaupt, dann setzte man auf langsame evolutionäre Veränderungen in den kommunistischen Machtapparaten Ostmitteleuropas nach dem Vorbild der Sowjetunion. Die wenigen, an den Rand der Gesellschaft gedrängten Oppositionsgruppen der DDR, die sich vor allem im Umfeld der evangelischen Kirche in einem langjährigen Prozess herauskristallisiert hatten, spielten dagegen in der Überlegungen der Politiker keine Rolle. Dass gerade aus diesen „Rinnsalen einer bespitzelten, drangsalierten, in Nischen abgedrängten oppositionellen Szene in kürzester Zeit ein reißender Strom einer demokratischen Massenbewegung“³ werden sollte, war im Drehbuch der offiziellen Politik weder im Osten noch im Westen vorgesehen. Es handelte sich um einen der seltenen historischen Momente, in denen, wie Theodor Mommsen einmal formuliert hat, „die Geschichte plötzlich um die Ecke bog“. Gerade diese historischen Momente sind es aber, die uns daran erinnern, dass Geschichte nicht planbar und nicht vorhersehbar ist, dass Menschen in bestimmten Situationen anders handeln, als es die funktionalen Imperative politischer Systeme erwarten lassen, dass das Unerwartete häufig dann eintritt, wenn wir nicht damit rechnen.

Aber auch diese ermutigende Erkenntnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die hoffnungsvolle Gründung des *Bündnis 90* im Jahre 1991 nicht die Erwartungen erfüllt hat, die von den damaligen Protagonisten aus der Bürgerbewegung – aber auch von Reformkräften in Westdeutschland - daran geknüpft wurden. Schließlich avancierten damals sogar die Begriffe „Runder Tisch“, „Bürgerdemokratie“ und „Demokratie von unten“ zu Leitbildern eines neuen Politikverständnisses, von dem nicht wenige glaubten, dass es auch den parlamentarischen Demokratien des Westens wichtige Reformimpulse geben könnte. De facto aber konnte sich das *Bündnis 90* weder als authentische Kraft der friedlichen Revolution in den ostdeutschen Bundesländern tiefer verwurzeln noch hat es – nach der 1993 vollzogenen Verschmelzung mit den Grünen - nennenswerte Spuren in der gemeinsamen Organisation hinterlassen. Das Experiment „Vereinigung“ zwischen den beiden Parteien kann man heute getrost als gescheitert

³ Brand, Karl-Werner, Massendemokratischer Aufbruch im Osten. Eine Herausforderung für die NSB-Forschung, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 2 (1990), S.10.

betrachten. Nichts symbolisiert dies deutlicher als der Schlussstrich, den inzwischen eine ganze Reihe von Bürgerrechtlern zu den Grünen gezogen hat. Der vorläufig letzte in dieser Reihe, Konrad Weiß, hat eine klare Grenze markiert: keine Regierungskoalitionen mit der PDS. Allerdings ist diese Position im Schmelztiegel der Berliner Republik längst obsolet geworden. Einmal mehr erscheint es so, als ob sich der moralische Impetus der Bürgerrechtler über die Realpolitik, die nach Mehrheiten und nicht nach Grundsätzen schießt, erheben wollte. Das Fatale an dieser Entwicklung ist, dass mittlerweile die PDS als die eigentliche Erbin der ostdeutschen Revolution auftritt, als Vertreterin vermeintlich ostdeutscher Interessen, während die Bürgerrechtler der Bürgerbewegung als ein Relikt einer untergegangenen Epoche erscheinen.

Es wäre aber zu einfach, die machtpolitische Aufwertung der PDS oder die zweifellos vorhandene Ignoranz der westdeutsch geprägten Grünen gegenüber den antitotalitären Erfahrungen der ostdeutschen Bürgerrechtler allein für die Marginalisierung der Bürgerrechtler verantwortlich machen, zumal auch eine Teil der ostdeutschen Bündnisgrünen schon seit längerem ihre Distanz gegenüber einer Zusammenarbeit mit der PDS aufgegeben hat. Das „Magdeburger Modell“ war schließlich nur möglich geworden durch die aktive Tolerierung der rot-grünen Minderheitsregierung durch die PDS. De facto hat die Marginalisierung der Bürgerrechtler aus der Bürgerbewegung bereits im Jahr der Deutschen Einheit eingesetzt, als es ihnen nicht gelang, ihre aus der Revolution erwachsene Legitimität in politische Macht umzusetzen. Dafür waren auch die internen Differenzen innerhalb der verschiedenen Bürgerbewegungsgruppen mit verantwortlich, wie einige der führenden Köpfe der Bürgerbewegung in einer kritischen Reflexion ihrer eigenen Geschichte selber eingeräumt haben.⁴ Insofern ist es nicht sehr hilfreich an der Legende zu stricken, dass die Marginalisierung der Bürgerbewegung nur von außen erfolgt sei. Es war auch ein Prozess der Selbstmarginalisierung. Gleichwohl lässt sich am Beispiel der gescheiterten Vereinigung von Bündnis 90 und Grünen paradigmatisch zeigen, wie schwer es ist, die Spaltung zwischen den politischen Kulturen in Ost- und Westdeutschland – jenseits aller guten Absichtserklärungen – zu überwinden.

Westgrüne und Bündnis 90: Die Geschichte einer gescheiterten Beziehung

⁴ Vgl. die Diskussionsbeiträge von Marianne Birthler, Bärbel Bohley, Hans-Jürgen Fischbeck, Heiko Lietz u.a. in der Zeitschrift *forum bürgerbewegung* 1994 und 1995 (vor allem jeweils Heft 3 und 4).

„Wir machen alles anders“ – dieses alternative Credo sollte Anfang der neunziger Jahre auch für das Zusammengehen von Bündnis 90 und Grünen gelten. Kein Zusammenschluss von oben, sondern ein „demokratisches Aufeinanderzuwachsen“, so wie man es sich auch für den Prozess der deutschen Einheit vorgestellt hatte. In vielen vorbereitenden Sitzungen wurde behutsam an einem Assoziationsvertrag gearbeitet, der beiden Seiten gerecht zu werden versuchte, um den ostdeutschen Bürgerrechtlern die Angst vor einer „Übernahme“ durch die zahlenmäßig übermächtigen Grünen zu nehmen. Auch die politischen Erwartungen waren hoch gesteckt: Antje Vollmer, Wolfgang Templin und Werner Schulz sahen z. B. den Reiz des Zusammengehens in dem Versuch, das „68er Erbe der alten Bundesrepublik ... mit dem Erfahrungsanspruch antitotalitären Widerstands“ zu verbinden, „um die Vielfalt existierender zivilgesellschaftlicher Kräfte zu stärken.“⁵ Zieht man heute eine Bilanz, so muss man sich eingestehen, dass das Verhältnis der beiden aus unterschiedlichen politischen Kulturen kommenden Partner unverträglich war, als man damals angenommen hat. Die im Laufe der Jahre zunehmenden Spannungen waren aber nicht einfach nur das Resultat eines ungleichen internen Kräfteverhältnisses in bezug auf Mitgliederzahlen und Organisationsstrukturen, sondern sie waren und sind vor allem auf politische Kommunikationsstörungen und kulturelle Abwehrreaktionen zurückzuführen, die die Assoziation der beiden Organisationen von Anfang an begleitet haben. Innerhalb der Bürgerbewegungen war die Fusion mit den Grünen ja durchaus nicht unumstritten. Im Vorfeld wurde von verschiedenen Bürgerrechtlern massive Kritik am polarisierenden Politikstil und an dem systemoppositionellen Habitus der Grünen geübt. Ein Teil der Bürgerbewegungsszene, vor allem um Reinhart Schult und Bärbel Bohley, hat sich erst gar nicht an der Fusion beteiligt und stand dem Projekt aus prinzipiellen Erwägungen skeptisch gegenüber. Umgekehrt erschienen die Repräsentanten der Bürgerbewegung vielen grünen Mitgliedern und Entscheidungsträgern als antiquiert und galten aufgrund ihres im Grundsatz positiven Bezugs zum demokratischen System der Bundesrepublik als suspekt. Es waren aber auch kulturelle Milieuunterschiede für die Dissonanzen ausschlaggebend. Vielen Westgrünen fehlte einfach der Zugang zu den grundsätzlich anderen politischen und kulturellen Voraussetzungen, unter denen die Bürgerrechtler in die DDR sozialisiert worden waren, so wie es umgekehrt vielen Bürgerrechtlern schwer fiel, sich in die wechselvolle politische Sozialisationsgeschichte der Westlinken einzudenken. Die Grünen sind stärker als jede andere Partei der alten Bundesrepublik westlich geprägt, auch wenn sich dies in ihren Ressentiments gegenüber „dem“ Westen nicht immer niedergeschlagen hat. Ihnen fehlte nicht nur

⁵ Vollmer, Antje/Templin, Wolfgang/Schulz, Werner: Grüne und Bündnis 90, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5 (1992).

die Erfahrung einer gesamtdeutschen Tradition, sondern sie sind explizit unter dem Paradigma der Zweistaatlichkeit politisch sozialisiert worden. Durch das allmähliche Einsickern einer an marxistischen Kategorien geschulten Linken, wie sie unter anderen durch die Hamburger Ökosozialisten um Rainer Trampert, Thomas Ebermann, Jürgen Reents u. a. verkörpert wurde, in das grüne Projekt, das von seinem Ursprung ja explizit auch gegen einen marxistisch verbrämten Fortschritts- und Produktivismusbegriff entstanden war, gab es darüber hinaus einen gewissen gemeinsamen Bestand an ideologischen Positionen mit der DDR. Dies betraf vor allem die drei großen A: Antikapitalismus, Antifaschismus, Antiimperialismus. Für den Teil der Grünen, für den diese drei A's gewissermaßen zum Grundbestand ihrer Identität gehörte, war die Zweistaatlichkeit deshalb auch nicht nur ein lebensweltlich einsozialisiertes Paradigma, sondern Teil einer ideologischen Grundausrichtung. Eine offensive Menschenrechtspolitik gegenüber Osteuropa und der DDR, wie sie etwa von Petra Kelly vertreten wurde, war in diesen Kreisen verpönt, weil sie in ihren Augen der Destabilisierung des Ostblocks diene und damit ins Konzept „westlich-imperialistischer“ Strategien passte. Unter diesen Voraussetzungen gelang es in den achtziger Jahren nur durch das persönliche Engagement von Petra Kelly und einigen anderen, eine engere Verbindung zwischen ostdeutschen Oppositionsgruppen und Grünen aufzubauen. Diese Verbindung wurde aber von einem Teil der politischen Macher innerhalb der Grünen entweder ignoriert oder sogar torpediert. Vor diesem Hintergrund war der politische Resonanzboden für eine sich wechselseitig beeinflussende Durchdringung von Bürgerrechtlern aus der Bürgerbewegung und Grünen nach der deutschen Einheit von Anfang an nur schwach ausgeprägt.

Der 1993 geschlossene Assoziationsvertrag zwischen Grünen und Bündnis 90, der angesichts des Wahlgesetzes natürlich auch unter wahlarithmetischen Gesichtspunkten ausgehandelt wurde, hat insofern die von Anfang an existierenden tiefgreifenden Differenzen in bezug auf Politikverständnis, Politikstil und programmatischer Ausrichtung nur vorübergehend überdecken können. Nach dem organisatorischen Zusammenschluss wurden die Differenzen und Kommunikationsstörungen zwischen ostdeutschen Bürgerrechtlern und westdeutschen Grünen eher größer als dass sie sich abgeschliffen hätten. Zu keinem Zeitpunkt hat an der Basis der Westgrünen eine wirklich tiefgreifende Diskussion über die programmatische Bedeutung des Zusammenschlusses mit den ostdeutschen Bürgerbewegungen stattgefunden. Nur bei wenigen war eine wirkliche Neugier und Offenheit für die Erfahrungen der ostdeutschen Bürgerrechtler, die politisch unter einer Staats- und Parteidiktatur agiert hatten, zu spüren. Dass diese anderen Erfahrungen auch zu einer Bereicherung der eigenen Wahrnehmungen und Per-

spektiven hätten führen können, hat man verdrängt. Letztendlich wurde die Vereinigung trotz aller anders lautenden Lippenbekenntnisse auch bei den Grünen im Schnelldurchgang abgehandelt, anschließend ging man zur Tagesordnung über und diese Tagesordnung war „westdeutsch“.

Die politische Marginalisierung der Bürgerbewegung und ihrer Repräsentanten innerhalb der Grünen war daher nur eine Frage der Zeit. Auch die im Assoziationsvertrag eingebauten „Sicherungen“ (z. B. Ost-West-Quotierung des Bundesvorstandes), die den organisatorisch schwächeren Bürgerbewegungen einen gleichberechtigten Einfluss innerhalb der grünen Gremien sichern sollten, konnten nicht verhindern, dass die Bürgerrechtler im innergrünen Meinungsbildungsprozess mit wenigen Ausnahmen kaum eine Rolle spielten. Diejenigen Repräsentanten der Bürgerbewegung, die in den neunziger Jahren aktiv in den Bündnisgrünen Politik gemacht haben, wurden sich ihrer Schwäche relativ schnell bewusst. So schrieb Marianne Birthler nach den Ergebnissen des Superwahljahrs 1994: „Wir erleben jetzt ..., dass die Politik, die durch uns repräsentiert wird, im Osten gegenwärtig überhaupt nicht erfolgreich ist. Wir leisten - am Ergebnis gemessen - politisch nicht so viel wie unsere West-Kollegen. Dadurch bleiben Erfolgserlebnisse aus, und das ohnehin lädierte Selbstbewusstsein schrumpft. Und wir spüren ziemlich genau - ich kann das jedenfalls aus meinen Partei-zusammenhängen sagen -, dass im Bewusstsein der bündnisgrünen Gesamtpartei nicht so schrecklich viel fehlen würde, wenn es uns nicht gäbe.“⁶ Diese Einschätzung beschrieb bereits damals realistisch den Trend, der die Diffusionsprozesse der politisch und organisatorisch schwachen Reste der Bürgerbewegung in der bündnisgrünen Partei in den Folgejahren weiter vorangetrieben hat.

Zur Konjunktur der Bürgergesellschaft

Das Paradoxe ist, dass der inzwischen abgeschlossene Prozess der politischen Marginalisierung der Bürgerrechtler aus der Bürgerbewegung innerhalb und außerhalb der Grünen ausgerechnet in einer Zeit stattgefunden hat, in der der Begriff der Bürgergesellschaft in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und ihren Parteien eine unglaubliche Konjunktur erlebt. In dem Maße, in dem die Parteien selbst die Grenzen ihres eigenen Handelns und – im Hinblick auf die strukturellen Probleme komplexer Gesellschaften - die Defizite des demokratischen „Parteienstaates“ erfahren, greifen sie auf jene Metapher zurück, die doch 1989 das unausge-

sprochene Programm der Bürgerbewegung war. Zuweilen hat man den Eindruck, dass geradezu ein Wettbewerb um das Erstrecht auf den Begriff der Bürgergesellschaft ausgebrochen ist. Die FDP kann sich darauf berufen, den Begriff relativ früh in die politische Diskussion eingebracht zu haben. Für die Grünen beansprucht inzwischen auch der Leiter der grünnahen Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, dass die Ökopartei im Grunde die „Partei der Bürgergesellschaft“ waren, bevor dieser „Begriff die politischen Charts erobert hatte“⁷. Die beiden großen Volksparteien, mit ihren vormals klar strukturierten Milieubindungen, haben sich dagegen bis vor wenigen Jahren noch schwer mit diesem Begriff getan. Ihre auf die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse breiter Schichten orientierte staatliche Umverteilungs- und Subventionspolitik, die auf die möglichst reibungslose Verwaltung von Sachproblemen zum Nutzen einer konsumierenden Bevölkerung zielte, passte kaum auf einen Begriff, der die gesellschaftliche Eigeninitiative ins Zentrum stellt. Inzwischen aber hat sich die Diskurslage auch in der CDU und in der SPD verändert. In Teilen der CDU wird inzwischen explizit Bezug auf die Bürgergesellschaft genommen. Geradezu programmatischen Charakter hatte in diesem Zusammenhang ein Reformpapier des CDU-Präsidiumsmitglieds Christa Thoben mit dem Titel „Für eine aktive Bürgergesellschaft“.⁸ Am meisten Bewegung aber ist mittlerweile in die SPD gekommen. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit Diskussionen über den „Dritten Weg“ und die „Neue Mitte“ rückt auch dort die Bürgergesellschaft mit ihren verschiedenen Facetten ins Blickfeld. Der Bundeskanzler selber machte das Thema zu seinem Anliegen und ließ im Jahr 2000 in seinem Namen einen Beitrag für die sozialdemokratische Monatszeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* verfassen.⁹ Im Bundestag wurde sogar einvernehmlich zwischen allen Parteien eine Enquetekommission zur Untersuchung des „Bürgergesellschaftlichen Engagements“ in Deutschland ins Leben gerufen. Erstaunlicherweise beruft sich in dieser programmatischen Neuorientierung kaum jemand auf die Erfahrungen der ostdeutschen Bürgerbewegung und den Aufbruch von 1989, obwohl dieser doch die Keime und Merkmale jener Bürgergesellschaft in sich trug, von der heute soviel die Rede ist, nämlich Zivilcourage, Initiative, Spontaneität, Engagement, Lust am politischen Handeln, Übernahme von Verantwortung, Selbstorganisation. Aus den Erfahrungen der DDR und dieses Aufbruchs heraus entwickelten Bürgerrechtler das Konzept einer bürgerorientierten Demokratie, in dem sie vor einer reinen Fixierung auf die Parteien warnten. So unausgegoren und rudimentär die-

⁶ Birthler, Marianne: Woher all die Missverständnisse?, in: *forum bürgerbewegung* (1995), Heft 4, S. 5.

⁷ Fücks, Ralf: „Grundsatzprogramm: Eckpunkte für die Debatte“, in: *Schrägstrich* (Hrsg. Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen), Heft 7-8/99.

⁸ Thoben, Christa (2000), „Für eine aktive Bürgergesellschaft“, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 12

⁹ Siehe *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 3/2000

ses Konzept auch war, so repräsentierte es dennoch den Versuch, die Demokratie nicht nur von ihren Institutionen, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern her zu denken. Heute entpuppt sich dieses republikanische Erbe als geradezu modern, denn tiefgreifende soziale und ökonomische Umbrüche, schwindendes Vertrauen in die Problemlösungskapazität politischer Institutionen, nachlassende Bindungsfähigkeiten von Parteien und gesellschaftlichen Großorganisationen, gewachsene Partizipationsansprüche mündiger Bürger sowie elementare Veränderungen der Sozialstruktur moderner Gesellschaften stellen den eingespielten Betrieb der parlamentarischen Demokratie vor neue Herausforderungen, die mit den traditionellen Methoden der Politik allein nicht gelöst werden können. Insofern gibt es doch noch eine gute Botschaft: Zwar ist die ostdeutsche Bürgerbewegung als solche untergegangen, aber ihre Ideen sind aktueller denn je.

Lothar Probst, Politik- und Kulturwissenschaftler an der Universität Bremen